

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. Der Bezugspreis beträgt für den Vierteljahr 4 Mark, monatlich 1 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 7 Pfennig. Nach auswärts Postzuslag.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhof-Allee 5 und von allen Anzeigen-Expeditionen angenommen. Die schlagzeilige Beilage kostet 6 Pfennig, die Reflektierte 10 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Brieße, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Sprechender: Amt Birkenwerder Nr. 5
Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationstraft für den Amtsbezirk Birkenwerder.
Anzeigenpreis für die neungefaltene Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reflektierte 80 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs

Nr. 140. Postfach-Konto: Berlin 62 433 Donnerstag, den 27. November 1923 Postfach-Konto Berlin 62448. 22. Jahrg.

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Die Amtsliste mit Inhalt als weiteres gemeindet
Den Ehrenreifer Paul Meier, Borgsdorf, habe ich als Oberführer der Freiwilligen Feuerwehr bestätigt.
Birkenwerder, den 28. November 1923
Der Amtsvorsteher. Jung.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Brennholzversteigerung
erfolgen bis auf Weiteres durch die Oberförsterei Oranienburg an jedem Dienstag vormittag von 1/9 bis 10 Uhr im Lokal (Stamm, Oranienburg, Breiterstr. mit höchstens 3 m für jeden Haushalt zum Selbstverbrauch. Nach 10 Uhr erfolgt Versteigerung etwaiger Reste ohne Beschränkung des Vorkaufes und der Mengen. Letztere und die Lage des für die hiesige Gemeinde bestimmten Holztes ist an jedem Montag ab 11 Uhr im Zimmer 2 des Rathauses zu erfahren.

Hilfliches Brennholz

kann von bedürftigen Personen, die arbeitsunfähig sind und einen eigenen Haushalt führen, im Rathaus, Zimmer 26, beantragt werden.
Birkenwerder, den 28. November 1923.
Der Gemeindevorsteher. Kühn.

Briefe für Küchen und Dienbrand.

§ 1.
a) bei Selbstabholung ab Lager 2, — Goldmark je Zentner.
b) bei Abwerfen auf dem Hofe 2,05 „ „ „ „
c) bei Lieferung f. Erdgasloch od. Keller 2,10 „ „ „ „
§ 2.
a) bei Selbstabholung ab Lager 2, — Goldmark je Zentner,
b) bei Abwerfen auf dem Hofe 2,03 „ „ „ „
c) bei Lieferung f. Erdgasloch od. Keller 2,06 „ „ „ „
§ 3.
Die in den §§ 1 und 2 festgesetzten Goldmarkpreise ermäßigen sich bei Zahlung in wertbefähigten Zahlungsmitteln um 20%. Dieser Nachlass ergibt sich aus der Art der Berechnung der in §§ 1 und 2 genannten Briefe.
Diese Preisfestsetzung tritt mit dem 25. November in Kraft.
Berlin, den 23. November 1923.
Der Kreisaustrichter des Kreises Niederbarnim.

Der Gemeindevorsteher Bergfelde.

Gemeindevorsteher-Sitzung.
Zur Beratung der hierunter angegebenen Gegenstände werden die Mitglieder der Gemeinde-Versammlung zu einer Sitzung auf Sonnabend, den 1. Dezember 1923, abends 7 Uhr im Gemeindevorstand, Zimmer 2, hiermit unter der Vernehmung vorgeladen, daß die Ausbleibenden an die Beschlüsse der im Termin Anwesenden gebunden sind.
Tagesordnung:
1. Festsetzung eines 2. Nachtrages zu den Realsteuern für 1923.
2. Kostenbewilligungen.
3. Rentzinsnahmen.

Die Gemeindefeuerverordnung des Gemeindebezirks Bergfelde für die vorläufige Veranlagung für 1923 liegt in der Zeit vom 6.—12. Dezember 1923 zur Einsicht der Steuerpflichtigen des Veranlagungsbezirks öffentlich aus.
Der von der Gemeindevorstellung am 13. September 1923 beschlossene 2. Nachtrag zur Grundsteuerordnung vom 25. Oktober 1920 ist vom Kreisaustrichter unter dem 11. Oktober d. Js. — 1 4/9881 — genehmigt worden.
Bergfelde, den 28. November 1923.
Der Gemeindevorsteher. Graeber.

Hohen Neuendorf.

Der Gemeindevorsteher macht bekannt:
Steuern für November 1923.
Durch Beschluß der Gemeindevorstellung vom 12. d. Ms wird anstelle der bisherigen Grundsteuer ein Zuschlag von 100 Prozent zu der staatlichen Steuer vom Grundvermögen als Gemeindegrundsteuer erhoben. Die Veranlagungsbescheidigungen über die staatliche Steuer vom Grundvermögen werden in den nächsten Tagen zugestellt, wegen der Gemeindevorstellung ergeben sich besondere Bescheidigungen nicht. Der zu zahlende Steuerbetrag ist auf der Rückseite des Veranlagungsscheins angegeben.
Die Steuern sind bis Ende d. Ms. an die Gemeindefeuerkasse — Zimmer 11 — zu zahlen.
Für Zahlungen nach diesem Tage wird ein Zuschlag von 400% des Rückstandes für jeden angefallenen halben Kalendermonat erhoben.

Kurze Nachrichten.

— Amtlich wird mitgeteilt, daß jeder Versorgungsberechtigte, der nicht im Reichs- oder in einem sonstigen öffentlichen Dienst verwendet wird und neben seinen Versorgungsgebühren ein weiteres steuerpflichtiges Einkommen bezieht, bei Verlust seiner Versorgungsbezüge verpflichtet ist, von der Höhe dieses weiteren Einkommens bis Ende Dezember Anzeige zu machen.

— Generalstaatskommissar v. Wehr hat das Verbot über alle sozialdemokratischen Zeitungen und Vertriebe verhängte Verbot aufgehoben, dagegen bleibt das Verbot kommunistischer Zeitungen bestehen.
— Die Zahl der Berliner Arbeitslosen ist am 26. November 12.—17. November um 8409 auf 252 841 gestiegen.
— Der Steintiner Dampfer „Marianne Gausch“ ist in der Nordsee auf eine Mine gestoßen und gesunken. Vierzehn Seelen sind ertrunken.
— Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat nach geheimer Beratung mit allen 100 kommunistischen Stimmen den Kommissar Freitag am Abschluß eines Getreidelieferungsvertrages mit Ausland abgelehnt.
— Aus Brüssel wird gemeldet, daß Frankreich und Belgien beschließen haben, das militärische Regime im Ruhrgebiet zu mildern. General Degoutte habe dementsprechende Befehle erhalten.
— Der Reichstag steht vor einer der schwersten sozialen Erschütterungen. Der bisher milde Stand in der elektrischen Industrie ist als offiziell erklärt worden. Ob ein Generalkonflikt folgen wird, ist noch nicht entschieden.
— Ein aus zwei Schlachtschiffen und vier leichten Kreuzern bestehendes englisches Geschwader ist von Denshorst in See gegangen, um eine zehnmonatige Reise um die Welt zu unternehmen.
— In Athen fand eine große republikanische Versammlung statt, die sich in einer Entschlossenheit für Abweisung der Dynastie und Abschaffung des Königtums erklärte. Außerdem forderte sie, daß die gegenwärtige Regierung einwilligen die dem König obliegenden Aufgaben übernehme, bis das griechische Volk sich für die Veränderung der Staatsform entschieden habe.

Sortdauer der Regierungskrise.

Alberts Versuch gescheitert.
Reichsminister a. D. Dr. Albert hat dem Reichspräsidenten heute in der Mittagsstunde folgendes Schreiben überreicht: Ihrem Appell an mein vaterländisches Pflichtgefühl bin ich gefolgt. Ich hoffe, die rechten Männer zur Mitarbeit zu gewinnen. Diese Hoffnung hat sich infolge der parteipolitischen Schwierigkeiten nicht erfüllt. Ich lege daher den Auftrag in Ihre Hände zurück.

Jarres erledigt. — Der neueste Kandidat.

Schon ehe er diesen Brief geschrieben hatte, war eine neue Kandidatur aufgelaufen, und zwar die des früheren Oberbürgermeisters von Duisburg, Jarres, der ein paar Tage vor Stresemann Sturz Reichs-Junnenminister geworden war. Aber Jarres wurde vor allem vom Zentrum abgelehnt. Seitdem ist man bei dem Umkreieren in der Sache, in die sich alle Parteien veranlagt haben, kaum viel weiter gekommen. Nur daß jetzt der Name des früheren preussischen Ministerpräsidenten Stegerwald als Kanzlerkandidat genannt wird. Ob er sehr viel Ansichten haben wird, läßt sich nur schwer beurteilen, da man bei der Krise auf Zufalls- und Verlegenheitslösungen gesetzt sein muß. Von der Sozialdemokratie wird Stegerwald, der Mann der Christlichen Gewerkschaften, strikt abgelehnt. Bei den Demokraten kann er auch kaum auf viel Gegenliebe zählen und gar so viel davon hat er wohl kaum in seiner eigenen Partei, dem Zentrum, zu erwarten. Doch Wäntzen die persönlichen Neigungen oder Abneigungen in den Hintergrund treten, falls es gelang, die Deutschnationalen unter bestimmten Bedingungen zur Bildung einer bürgerlichen Koalition heranzuziehen.

Der Separatisten-Skandal.

„Eine Bande von Verbrechern und Verrätern.“
Zu der dem Separatistentreiben im Rheinland begünstigenden Haltung Frankreichs bemerkten die Londoner „Times“ in einem längeren von Ort und Stelle geschriebenen Aufsatz, so gut wie überall seien außerhalb der britischen Zone die hohen Beamten ausgewiesen worden, so daß keine reguläre Verwaltung mehr bestesse. Das ganze Land sei einer Bande von Verbrechern und Verrätern ausgeliefert, die es für ihren eigenen Vorteil im Namen einer unabhängigen Rheinlandrepublik ausbeuteten. Diese Leute gäben Papiergeld ohne irgend welche Deckung aus, so daß das finanzielle Chaos weit schlimmer sei, als es sonst gewesen wäre, raubten und requirierten ungekräftigt und terrorisierten alle Personen, gleichviel in welcher Stellung, die verurteilten, sich ihnen zu widersetzen.

Der Verfasser des Artikels fragt, welche Rolle Großbritannien bei der Neubildung Europas spiele. Die Verhandlungen würden gefolgt durch das Haupt der Rheinlandskommission, in der Großbritannien vertreten ist, und zwar für ein Gebiet, von dem Großbritannien hofft, Reparationen zu erhalten, und dort dem ein Teil unter der Obhut britischer Truppen steht. Die britischen Interessen würden direkt berührt werden, wenn ein Staat auf Deutschland herausgelöst werden sollte; eine solche Aktion würde Großbritannien in eine Lage bringen, daß seine Handelspolitik von Frankreich diktiert werden könnte.

Weder heute noch morgen Sanktionen!

Englische Erklärung.
Bei der Besprechung der Verhandlungen in der Hofkammerkonferenz stellt das Pariser „Journal“ fest, daß Bolckow als Voraussetzung in der Angelegenheit der Militärkontrolle sofortige Zwangsvorkehrungen habe. Dieser Plan habe am 19. 11. aufgegeben werden müssen, weil Unterstaatssekretär Sir Eyre A. Creeve an diesem Tage dem französischen Botschafter erklärt habe, England wolle keine Sanktionen weder heute noch morgen noch jemals.

Ein Besuch im Ruhrgebiet.

„Das dumme barbarische Verbrechen.“
Eine holländische Stimme über die durch Frankreichs Politik herbeigeführte Lage im Ruhrgebiet ist besonders bezeichnend. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt: Ein Besuch im Ruhrgebiet erweckt das Gefühl der Beschämung über das, was das gegenwärtige Europa in diesem Lande begangen hat. Liegt man, nach Hause gekommen, die letzten Neben von Jaspard und Bo in a r e s, dann überlegt man schauernd, in welchem Maße man es heutzutage fertig bringt, sich selbst und die Völker zueinander zu führen. Vergleiche man diese Zustände mit dem, was in ein paar Hauptstädten darüber bekanntgegeben wird, so bekommt man den Eindruck, daß das moralische Gefühl der Völker nicht besonders groß ist. Wenige hundert Kilometer von den betreffenden Hauptstädten können Dinge geschehen, die die dafür verantwortlichen Völker, wenn erst ihre Verblendung gewichen ist, als ein dummes barbarisches Verbrechen betrachten werden, wenn auch gegenwärtig kein Gefühl für die tatsächliche Lage zu den Parlamenten durchdringen scheint. Wenn das französische Volk die Wahrheit wüßte, so würde niemand, der seine Geschichte kennt, daran zweifeln, wie es regiert wird. Aber es weiß nichts von diesen Dingen, weil die französische Presse aus eigener Initiative dem Volkserkenntnis die Taschen so verheimlicht, wie dies keine offizielle Zensur tun könnte. Ist es ein Wunder, daß es im Ruhrgebiet immer wieder zu Ausbrüchen der Ungeheuer und der Verwüstung kommt? Abänderungen sind alle Tage Straßenerreignisse. Täglich fallen Leute im besetzten Gebiet. Dinge, die vor zehn Jahren in der ganzen Welt Verblüffung erregt haben würden, gelten jetzt nur als kleine Neuigkeit. Trotzdem kann man sagen, daß das Volk im Ruhrgebiet in großer Selbstbeherrschung verharren wird.“

Sukzession zum Industrievertrag.

In der Sonntagversammlung der Bergwerksdirektoren des Ruhrkohlenbergbaus in Lina hat die Kommission den mit den Franzosen abgeschlossenen Pariervertrag vorgelegt. In der Erörterung wurden von allen Seiten die größten Bedenken gegen die ganz ungewöhnliche Belastung laut, und zwar nach der Richtung, ob die Eingriffe in den Betrieb der Werke die für den Betrieb unbedingt erforderliche Handlungsfreiheit gewähren. Es kam auch zum Ausdruck, daß, wenn trotzdem in der nächsten Zeit eine große Anzahl der Werke bindende Abschlüsse treffen werden, dies ausschließlich aus der Überzeugung heraus geschieht, daß die Verhältnisse im Rhein und Ruhr für die deutschen Angestellten und Arbeiter und für die gesamte Bevölkerung einfach unerträglich geworden sind. Aber die Bindung der gesellschaftlichen großen wirtschaftlichen Interessen Frankreichs und Deutschlands könne allein die Verleumdung Europas herbeiführen. Nur wenn diese erfolge, werde Vertrauen und Ehrlichkeit zurückkehren.

Österreicher in Österreich. In der Obmannerversammlung des Wiener Nationalrates wurde ein Gesetzentwurf über die Aufbringung und Ausgabe von Silbermünzen angehängt. Es ist beabsichtigt, Silbermünzen zu 5000, 10 000 und 20 000 Kronen zu prägen. Die 10 000-Kronen-Münzen sollen Schilling, die 5000-Kronen-Münzen sollen halber Schilling und die 20 000-Kronen-Münzen Doppelschilling heißen.

Währung eines Pilgers. Bei Aufweis in Südböhmen fanden Zingvorführungen statt, bei welchen der Pilot Seibel einen Anflug mit Hilfe des Fallschirms zeigen wollte. Er stürzte aber aus einer Höhe von 800 Metern ab und blieb mit zerquetschten Gliedern tot liegen. Die Vorführungen wurden sofort abgeblasen.

Zeit und unerfüllt die Heimatzeitung.

Rhein und Ruhr als „Zweckverband“

16. November. Auf dem außerordentlichen Vertretertag der Deutschen Demokratischen Partei sprach der Reichstagsabgeordnete Erkelenz über die bevorstehende Entscheidung über die besetzten Gebiete. Nachdem Tirard einem Herrn aus Köln die Frage vorgelegt hätte, ob man nicht über die Bildung eines Rheinlandes im Rahmen des Deutschen Reiches verhandeln könne, hätten Verhandlungen stattgefunden, zunächst am vorigen Freitag, über die im einzelnen noch nichts bekannt geworden sei. Er glaube aber, in großen Zügen folgendes darlegen zu können, was von Tirard angenommen sei: Es solle über die Frage beraten werden, die besetzten Gebiete im Rahmen eines Verwaltungskörpers zusammenzufassen, der über die Provinz- und Staatsgrenzen, über Westfalen, Hessen usw. hinausgreift. Auf die Spitze dieses Zweckverbandes tritt ein zwei- bis fünfköpfiges Direktorium, dahinter steht zunächst ein Ausschuss, der gewissermaßen der Berater des Direktoriums ist. Dieses Direktorium hat die Aufgabe, einerseits mit den Franzosen, andererseits mit dem Deutschen Reich alle die Verhandlungen zu führen, die notwendig sind, um wieder Ordnung zu schaffen. Voraussetzung dafür ist eine Regelung der Finanzen. Ein solches Gebilde muß Finanzhoheit, also eine eigene Steuer haben. Zweitens muß dieses Gebilde die Verwaltung ordnen. Es würde gewissermaßen die Souveränität des Reiches und der Länder für die Zeit, in der hier der Zwangszustand herrscht, auf dieses Direktorium übertragen werden. Wenn auch nicht an ein Auscheiden aus Preußen oder dem Reich gedacht wird, sondern eine reine Zusammenfassung aus Zweckmäßigkeitsgründen beabsichtigt ist, enthält doch diese Situation eine politisch ganz außerordentliche Bedeutung. Trotz des Zweckverbandes ist die polizeiliche Gefahr immer noch sehr groß und wird um so größer, je selbständiger dieses zu schaffende Gebilde wird. Um die Bevölkerung vor dem Abwärtsrutschen zu bewahren, muß eben dieser Weg beschritten werden.

Unterzeichnung des englisch-polnischen Handelsvertrages.

Warschau, 26. November. Heute wurde in Warschau durch den englischen Gesandten und dem polnischen Außenminister ein englisch-polnisches Handelsvertrag unterzeichnet, der die Klausel der Meistbegünstigung enthält, Artikel 5 sichert England neue Transitprivilegien, doch wird der Transit nach solchen Ländern, mit denen Polen nicht im regulären Auswärtshandelverhältnis steht, wie Litauen usw., nicht gewährt. Nach Artikel 7 beteiligt sich England an der polnischen Petroleumindustrie mit einem Kapital in gleicher Höhe wie Frankreich. Die englisch-polnische Konvention erstreckt sich auch auf das Gebiet des Freistaates Danzig.

Mussolini fordert Teilnahme an den Ruhrverhandlungen.

Rom, 26. November. „Messaggero“ zufolge erwiderte Italien Poincare um eine Auffklärung über die Ruhrverhandlungen und verlangte direkte Teilnahme Italiens. Poincare antwortete, die italienische Kohlenquote solle von fünfzehn auf achtzehn Prozent erhöht und Italien künftig zu den Verhandlungen zugezogen werden.

R. D. ins Ausland.

Eine Berliner Korrespondenz macht über die Stellungnahme der Kommunistischen Partei Deutschlands zu dem Verbot durch General V. Seeldt die Mitteilung, daß die Partei bestrebt sei, die Vorfälle zu klären. Alle bisherigen Funktionäre der Partei sind ihrer Posten enthoben. An die Stelle der Zentrale tritt ein Direktorium, das die Leitung der Partei übernimmt. Der Sitz des Direktoriums wird ins Ausland verlegt. Die Mitgliederbücher und Beitragsmarken wie alle Parteiausweise werden für ungültig erklärt. Die Kontrolle der Mitgliedschaft wird auf illegale Wege durchgeführt. Wer an der Partei zum Vertreter wird oder wer sich als Stipendiat in die Reihen der Partei schließt, hat sein Leben verwirrt und verläßt der revolutionären Parteijustiz.

Schieberverkehr nach dem Westen.

Alle Fraktionen des Reichstages haben wegen der unerträglichen Zustände in den Schnellzügen auf den nach Westen führenden Eisenbahnlinien eine Anfrage an die Regierung gerichtet und um Abhilfe erludt. In der Anfrage heißt es u. a.: Infolge der verschiedenen Bewertung des Dollars hat sich wieder ein lebhafter Schieberverkehr, namentlich von Ausländern, entwickelt. Diese nehmen mit ihrem weltlichen Anhang namentlich die Abteile erster Klasse in Anspruch, zum Teil mit Fahrkarten niedrigerer Wagenklassen. Es kommt vor, daß joche Ausländerabteile, auch wenn Plätze frei sind, vom Zugpersonal abgeteilt bezeichnet und deutsche Fahrgäste so zum Stehen in den Gängen genötigt werden. Auch die bahnpolizeilichen Bestimmungen, wie das Rauchverbot, werden vielfach den Ausländern gegenüber nicht durchgeföhrt. Beschwerden des deutschen Publikums über diese Zustände finden häuflig nicht nur keine Unterstützung bei dem Bahnpersonal, sondern stoßen auf Ablehnung, ja auf drohende Sühnung.“ Neue Steuervorlagen.

Dem Reichstag gehen demnächst die neuen Steuervorlagen zu, die Reichsfinanzminister Luther im Reichstag ankündigte. Die Vermögenssteuer soll 5 Pro Mill betragen. Die Umfajcsteuer wird auf 2½ Prozent erhöht. Wichtig ist es, daß auch diejenigen Steuererlöse erfaßt werden sollen, die außerhalb von der Substanz leben. Der Aufwand des einzelnen soll als Kontrolle und Maßstab genommen werden. In vorliegenden Fällen sollen die Ausgaben des Steuerzahlers nachträglich werden, wenn sie mit den angegebenen Einnahmen nicht übereinstimmen. Eine Wohnungssteuer ist geplant. Doch stehen Einzelheiten über eine solche Steuer noch nicht fest.

Die militärische Kontrollkommission.

Der diplomatische Berichterstatter des Londoner „Observer“ schreibt, die interallierte Militärkontrollkommission werde Anfang dieser Woche in Berlin zusammenberufen. Eine Antwort auf die beiden Notizen der Postfachkonferenz durch die deutsche Regierung werde nicht erwartet. Englands Politik bezwecke, sicherzustellen, daß kein Versuch gemacht werde, eine Kontrolle in Teilen Deutschlands auszuführen, wo augenblicklich keine Berliner Regierung irgendeine wirksame Autorität ausüben könne. Nach britischer Ansicht würde es ein Joch sein, unmögliches von Deutschland zu fordern.

Der Zugang zur Weichsel.

Berlin, 26. November. Wie den Blättern von zutändiger Stelle mitgeteilt wird, ist die deutsche Botschaft in Paris beauftragt worden, festzustellen, ob Frankreich Polen in der Frage des Zugangs Ostpreußens zur Weichsel geböhrt hat. Wenn ja, so wird verlangt werden, daß auch Deutschland geböhrt wird.

Reordnung des Schlichtungswesens.

Berlin, 26. November. Die in der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923 vorgesehene Ausführungsbestimmungen werden demnächst ergehen. Sie werden insbesondere auch Bestimmungen über die Ergänzung des Beisteherbekandes der Generegerichte und Kaufmannsgerichte durch Einziehung von Beistehern aus den bei ihnen bisher nicht vertretenen Berufen (z. B. aus der Landwirtschaft), über die Möglichkeit der Einrichtung von Nachkommen und über das Verfahren der Schlichtungsauswürfe, Geweregerichte und Kaufmannsgerichte nach der Verordnung enthalten.

Die Regierungsbildung in Odenburg.

Odenburg, 26. November. Die Verhandlungen der Fraktionen des Landtages über die Bildung einer politischen Regierung sollen in dieser Woche beginnen.

Separatistenpuff in Essen.

Essen, 26. November. Hier hat separatistisches Gesindel versucht, sich in den Besitz der Nacht zu setzen. Das Rathaus wurde von Polizeikräften, die durch freiwillige Soldaten verstärkt wurden, besetzt. In der Verfassung hier herrscht eine außerordentlich große Erregung, die noch dadurch verstärkt wird, daß die Maßnahmen der Reichsbank bekannt geworden sind, durch die den Reichsbankstellen die Annahme der Ruhr-Rotgeldscheine untersagt wurde.

Kein Verkauf der hohen Goldgeldpreise.

München, 26. November. Der bayerische Generalstaatskommissar hat sich in einem scharfen Erlaß gegen die seit allgemein viel zu hohen Goldgeldpreise für Waren und Leistungen gewandt, die oft das Maßfache der Vorkriegspreise betragen und selbst die Preise des leistungsfähigen Auslandes übersteigen. Solche Preise seien in der Regel weder

durch die Rohstoff- und Herstellungskosten, noch durch die Geldentwertung gerechtfertigt. Dieses Verbrechen am Volke soll aufs schärfste bekämpft werden. Die zuständigen Stellen sind angewiesen, Schuldige ohne Rücksicht der Bestrafung zuzuföhren.

Sitzung der Reparationskommission.

Paris, 26. November. Die deutschen Vertreter, die zu den Reparationsverhandlungen hierher gekommen waren, sind bis auf den Präsidenten der Reparationskommission, Staatssekretär Fischer wieder zurückgekehrt. Die Reparationskommission hat ihre Sitzung auf Dienstag angelegt und sie wird nunmehr, da das sogenannte Verhör der Deutschen beendet ist, ihre eigene Untersuchung der deutschen Zahlungsfähigkeit eröffnen.

Unwetter und Nebel in England.

London, 26. November. Über Ostschottland und Nordengland ist in den letzten Tagen ein schweres Unwetter niedergegangen, dem Frost und Nebel folgten. Auch London und die südlichen Grafschaften liegen heute noch in schweren Nebel eingehüllt. Straßenunfälle sind jedoch trotz des erschweren Verkehrs nicht zu melden. Längs der englischen Küste ist die Schifffahrt infolge des Nebels völlig zum Stillstand gekommen.

Birkenwerder.

Die Erhöhung der Postgebühren. Aus Anlaß der Erhöhung der Postgebühren vom 26. November ab hat das Reichspostministerium die Postankalten angewiesen, die Preismarken von dem genannten Tage ab zum vierfachen Nennwerte zu verkaufen und bei der Freimachung (auch bei Sendungen aus Briefkästen) zum vierfachen Betrage bis Monatsende auszurechnen. Der Anlauf von Reichsfrankmünzen durch die Reichsbank erfolgt bis auf weiteres zum 400-Milliardenfachen Betrage des Nennwertes.

Goldmarken- und Rentenmark-Girokonten werden jetzt auch von der Städtischen Sparkasse in Danienburg eingeföhrt.

Wir verweisen auf die Anzeige der Sparkasse in der heutigen Nummer.

Der Ritter Blaubart im Circus Busch. Die Sage von dem Ritter mit dem blauen Bart, der seine sieben Frauen ermordete, bildet den Inhalt des neuen Mauerbachschanke des Paula Busch, das in den nächsten Wochen den Spielplan des Riesenbaues am Bahnhof Brie beherrschen wird. Zum ersten Male nach mehrjähriger Pause wird das sensationelle Spannungserföhlt Stück Gelegenheit bieten, die grandiosen Wasserfanstiele des Circus Busch in voller Entfaltung zu zeigen. Das in Flammen ausgehende Schreckensschloß Blaubarts wird von elementaren Riesenkatzen von Erdobben gestit, während in den blitzenhaften Wolken ein Hzenabtht tobt, der alle Schreden der Hölle entsetzt. Ein Aufgebot erter schauspielerischer Kräfte spielt die Rollen, an der Spitze Frau Amanda Lindner, das Ehrenmitglied des Staatstheaters, als Gast Henry Pleß vom Hoftheater in Karlsruhe. Vorher geht das glänzende November-Circus-Programm.

Die 8. Reichskreditkisse wird jetzt den Stadt- und Landgemeinden gewährt. Die außerordentlich schwierigen Nachschubbedingungen, die sich besonders in der Aufwertung des Kredits fühlbar machen, dürften jedoch den meisten Gemeinden die Inanspruchnahme der Kreditkisse unmöglich machen.

Dollarhand Dienstag 4,2 Billionen. 1 Goldpfennig gleich 10 Milliarden Papiermark. 1 Goldmark gleich 1 Billion.

Engros Korbmöbel Detail. Enorm billiger Einzelverkauf direkt an Private. Weit unter Ladenpreis. Sessel, Garnituren, Tische usw. in Peddigrohr und Weide :: Grobte Auswahl! :: Nur prima Ware! Spreewitz, Reinickendorf, Residenzstrasse 132. Tel. Reinickendorf 193. 10 Minuten vom Bahnhof Reinickendorf - Rosenthal.

Ein Vermächtnis.

Roman von M. Waldbröhl.

(Nachdruck verboten.)

„Ich bin dank endlich zu einem Schluß gekommen, den ich selber für den einzig richtigen und vernünftigen halte, und in dem ich mich darum auch durch nichts erschüttern lassen werde!“

„Es ist unbedenklich zu fragen, worin dieser Schluß besteht?“

„Oh, das ist meine Absicht gewiß nicht!“ fiel sie ihm hastig in die Rede. „Ich möchte niemanden auf der Welt betriiben, aber ich hätte mich am allerwenigsten. Und wenn Sie in meinem Herzen lesen könnten, würden Sie einen solchen Vorwurf auch ganz gewiß nicht gegen mich erheben!“

So warm und herzlich hatte sie es gesprochen, mit einem Ausdruck so rührend inniger Bitte ruhten ihre schönen, ausdrucksvollen Augen auf seinem Gesicht, daß er unmöglich ein herbes Wort hätte über die Lippen bringen können, obwohl ihr Herz noch immer von schmerzlicher Bitterkeit erfüllt war.

„Nun wohl?“ sagte er, „lassen mir meine Empfindungen ganz aus dem Spiel! Das aber müssen Sie mir doch gestatten, auszuprechen, daß ich Ihrem väterlichen Freunde gegenüber durch Ihre Abreise in eine sehr peinliche Lage kommen werde. Ich habe gewissermaßen die Bürschat für Ihre Sicherheit übernommen, und wenn ich ihm nun sagen muß, daß Sie ohne jeden männlichen Schuß in die Welt hinausgegangen sind —; denn daß Sie nicht nach Frankfurt zurückkehren gedenken, muß ich nach allem, was Sie über den dortigen Aufenthalt geäußert, doch wohl voraussetzen —!“

„Nein. Dabm möchte ich allerdings nicht zurück! Ich hatte die Absicht, mich zunächst nach Berlin zu wenden und dort in irgendeiner Pension Wohnung zu nehmen, bis ich einen bestimmten Plan über meine nächste Zukunft gefaßt habe. Selbstverständlich würde ich Ihnen sofort meine Adresse mitteilen; denn es ist ganz und gar nicht mein Wunsch, mich zu verstecken.“

ohne Aufregungen und Gefahren. Finden Sie nicht, Herr Doktor, daß dieser Wunsch einigermassen berechtigt ist?“

„Ich werde Ihnen von Herzen dankbar sein für jede Mitteilung, die mich aus meinen bangen Zweifeln erlösen könnte.“

(Fortsetzung folgt.)

